

## Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Hintergrund und Ergebnisse der strategischen Neuausrichtung des Beteiligungsunternehmens Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen GmbH**

**Der Landtag möge beschließen:**

**A. Die Staatsregierung wird ersucht,**

unter entsprechender Darstellung und Würdigung der Ergebnisse und Empfehlungen der von ihr insbesondere im Jahr 2014 in Auftrag gegebenen und erstellten Berichte und Gutachten<sup>1</sup> über die Rentabilität und Zukunftsfähigkeit der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Meissen GmbH (SPM) sowie der daraus gezogenen Schlussfolgerungen und Maßnahmen

**I. dem Landtag zu berichten,**

welche Konsequenzen und Verbesserungen mit der unternehmerischen Neuausrichtung der SPM ab dem Wirtschaftsjahr 2008 verbunden waren und dabei insbesondere für den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis einschließlich zum 31. Dezember 2015 jahresscheibenbezogen einzugehen auf

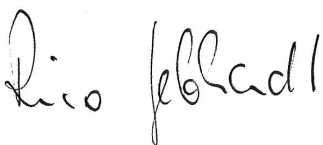
1. die erzielten Jahresergebnisse (ordentliches und außerordentliches Ergebnis),

---

<sup>1</sup> z.B. insbesondere Sonderbericht nach § 99 der Sächsischen Haushaltsordnung des Sächsischen Rechnungshofs und Gutachten der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (eingestuft von der Staatsregierung als Verschlussachen im Sinne der Geheimschutzordnung des Landtags).

Dresden, 16.03.2016

- b.w. -



Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

2. die getätigten Investitionen,
3. die Entwicklung der Kapitalausstattung durch den Freistaat Sachsen aus
  - a) Zuschüssen,
  - b) Gesellschaftereinlagen,
  - c) Kapitalbeteiligungen,
  - d) Gesellschafterdarlehen,
  - e) weiteren Vorgängen,
4. die Entwicklung des Schuldenstands,
5. die Haftungsrisiken für den Freistaat Sachsen,
6. die folgenden markenschutzrechtlichen Aspekte:
  - a) Welche Wort- und Bildrechte wurden wann durch die SPM beim Deutschen Patent- und Markenamt angemeldet bzw. zur Löschung beantragt?
  - b) Wie viele Markenrechtsverfahren mit welchen wesentlichen Streitgegenständen wurden aus welchen wesentlichen rechtlichen oder tatsächlichen Gründen von der SPM mit welchen wesentlichen Ergebnissen geführt?
  - c) Welche Kosten entstanden der SPM durch die Anmeldung oder Löschung von Markenrechten im Sinne des Buchstaben a und bei der Vorbereitung und Durchführung von Markenrechtsverfahren im Sinne des Buchstaben b?
7. die Auswirkungen auf den Personalbestand in den verschiedenen Produktionsbereichen /-abteilungen und der Verwaltung.

## **II. dem Landtag darzustellen,**

1. ob und inwieweit (ausgeschiedene) Angehörige der Geschäftsführung und/oder Mitglieder des Aufsichtsrates für die finanziellen Folgen der von ihnen getroffenen Entscheidungen in welcher Form zur Verantwortung gezogen werden oder wurden,
2. welche Risiken für den Freistaat Sachsen aus den von der SPM in Folge der unternehmerischen Neuausrichtung abgeschlossenen Verträgen oder vorvertraglichen Verpflichtungen bereits absehbar sind und in welcher Art und Höhe für diese eine finanzielle Vorsorge getroffen wurde,
3. welche Aussagen über die weitere strategische Ausrichtung und die Entwicklungsperspektiven der SPM getroffen werden können und inwieweit weitere Kapitalausstattungen oder Investitionen durch den Freistaat Sachsen oder alternative Geldgeber als notwendig und zielführend erachtet werden,
4. welche Beratungsleistungen der am 15. Januar 2015 berufene dreiköpfige Beirat der SPM bereits erbracht hat, welche Verbesserungen bei der Weiterentwicklung des Unternehmens bereits eingetreten sind und welche Vergütungen die Beiratsmitglieder seither für ihre Tätigkeit erhalten haben,

5. welche Vorkehrungen und Maßnahmen die Staatsregierung getroffen hat oder zu treffen beabsichtigt, um
  - a) künftig zu verhindern, dass sie als Vertreterin des alleinigen Anteilseigners nicht nur passiv Entscheidungen der Unternehmensorgane „beobachtet“ und deren Folgen „hinterherläuft“ und stattdessen aktiv Einfluss zur Wahrung der Interessen des Freistaates Sachsens nimmt,
  - b) den Landtag frühzeitig in die strategischen Entscheidungsprozesse des Unternehmens einzubinden.

## **B. Die Staatsregierung wird weiterhin ersucht,**

dem Landtag über die Umstände und Gründe für die Bildung des am 18. Dezember 2014 im Handelsregister bei dem Amtsgericht Dresden unter der Handelsregister-Nummer HRB 33931 als „Meissen Porzellan-Stiftung GmbH (MPS)“ eingetragenen hundertprozentigen Beteiligungsunternehmens des Freistaates Sachsen zu berichten und dabei besonders darzustellen,

1. welche Ermächtigungsgrundlage und welche Beweggründe für die Errichtung der MPS – insbesondere für die gewählte Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung – maßgeblich waren sowie welchen Zweck das Unternehmen satzungsgemäß und nach seinem Gesellschaftervertrag verfolgt,
2. wer der oder die Gesellschafter der MPS sind und mit welchem Stammkapital und in welcher Form (Geld- oder Sacheinlage) diese an der MPS beteiligt sind,
3. durch welche Vorkehrungen und Maßnahmen abgesichert werden konnte, dass gesetzliche Mindeststandards und Vorschriften des EU-Beihilferechts bei der unternehmerischen Tätigkeit der MPS eingehalten werden, insbesondere wenn man bedenkt, dass Unternehmenszweck die „*Ermöglichung der entgeltlichen Nutzung des Kulturguts ausschließlich durch die Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen GmbH*“ ist,
4. wann welche Kulturgüter, andere Güter, Gegenstände, Rechte und Rezepturen aus dem vormaligen Eigentum der SPM zu welchen Preisen durch die MPS erworben wurden und in wessen Eigentum diese derzeit stehen,
5. welchen Schätz- bzw. Gutachtens- oder anderweitigen Marktwert die in der vorstehenden Ziffer bezeichneten Gegenstände, Rechte und Rezepturen hatten und mit welchem Bilanzwert sie zuletzt von der SPM geführt wurden,
6. wie die Staatsregierung absichert, dass das insbesondere in die MPS überführte Kulturgut dauerhaft dem Freistaat Sachsen und seinen Bürgerinnen und Bürgern erhalten bleibt, am Standort Meißen verbleibt, nicht veräußert wird und auch nicht in anderer Weise im Falle einer möglichen Insolvenz der MPS verwertet wird (wirksamer Kulturgutschutz).

## **C. Die Staatsregierung wird aufgefordert,**

- I. ein nachhaltiges und zukunftsfestes Unternehmenskonzept zu erstellen und dem Landtag unverzüglich vorzulegen, das unter entsprechender Darstellung und Würdigung der

Ergebnisse und Empfehlungen der von ihr insbesondere im Jahr 2014 in Auftrag gegebenen und erstellten Berichte und Gutachten<sup>2</sup> über die Rentabilität und Zukunftsfähigkeit der SPM sowie der daraus gezogenen Schlussfolgerungen und Maßnahmen und unter Einbindung der regionalen Akteure im Raum Meißen Wege aufzeigt und mit dem insbesondere gewährleistet wird, dass die SPM

1. zu ihrer Kernkompetenz – in Meißen entwickeltes und hergestelltes Porzellan – zurückkehrt und diese weiter ausbaut,
2. sich auf ihre Erfahrungen der mehr als 300-jährigen sächsischen Porzellan-Tradition zurückbesinnt,
3. durch die Bereitstellung des vollständigen realistischen Kapitalbedarfs die notwendigen Umbaumaßnahmen des Unternehmens ermöglicht,
4. ein personelles Konzept zur Weiterbeschäftigung der bisherigen und Neugewinnung der dazu erforderlichen weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt sowie
5. einen dauerhaften, uneingeschränkten Zugang zu den im Eigentum der MPS befindlichen Porzellanformen, -modellen und -mustern als existentielle Grundlage der Porzellanproduktion und -herstellung am Standort Meißen gewährleistet ist.

II. dem Haushalts- und Finanzausschuss regelmäßig über konkret abrechenbare Teilschritte und Zwischenziele des neu zu entwickelnden Unternehmenskonzepts und dessen Umsetzung Bericht zu erstatten.

## **Begründung:**

Der Zeitraum von 2008 bis 2015 war bei der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Meissen GmbH maßgeblich geprägt von Entscheidungen des langjährigen Aufsichtsratsvorsitzenden Prof. Dr. Kurt Biedenkopf sowie des Vorsitzenden der Geschäftsführung Dr. Christian Kurtzke, welche gemeinsam eine strategische Neuausrichtung des Unternehmens hin zu einem weltweit agierenden Luxusgüterkonzern initiierten.

Mit dem vorliegenden Antrag begehrt die Fraktion DIE LINKE zum einen eine umfassende Analyse der mit der Unternehmensneuausrichtung erzielten Ergebnisse und der dabei zu Tage getretenen Defizite guter Unternehmensführung dieses für den Freistaat Sachsen so wichtigen staatlichen Beteiligungsunternehmens.

Andererseits soll mit dem Antrag und auf Grundlage der damit geforderten Berichterstattung der Staatsregierung und Darlegung ihres Unternehmenskonzeptes für die Zukunft der aus Sicht der Fraktion DIE LINKE dringend erforderliche Impuls für einen Neubeginn und eine maßvolle Neuausrichtung der SPM unter Rückbesinnung auf ihre Kernkompetenzen und Erfahrungen aus der mehr als 300-jährigen sächsischen Porzellan-Tradition im Sinne einer Weichenstellung für eine erfolgreiche, nachhaltige, regional verankerte und eine einmaliges sächsisches Kulturgut bewahrende Unternehmenskultur gegeben werden.

---

<sup>2</sup> a.a.O.